Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

4.7.1928 (No. 154)

Visual Library

Nr. 154 — Mittwoch, den 4. Juli 1928 — 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die erste Reichstagssitzung

WTB. **Berlin**, 4. Juli. Im Verlaufe der vom Reichskanzler **Müller** gegebenen Regierungserklärung (siehe zweite Seite) wurden die Sätze über den **Schutz der Weimarer Verfassung** von den Sozialdemokraten und den Mittelparteien mit großem Beifall aufgenommen, die Ankündigung der Vorlage über den **Nationalfeiertag** führte zu Lärmszenen. Bei den Nationalsozialisten wurde gerufen: „Wird uns der Feiertag bezahlt?" Die Bezeichnung der Reichswehr als treue und zuverlässige Stütze wurde von den **Kommunisten** mit höhnischen Zurufen kritisiert. Bei der Erwähnung der Strafrechtsreform wurden die **kommunistischen Zurufe** so groß, daß Reichskanzler Müller auf einige Zeit die Verlesung der Regierungserklärung unterbrechen mußte. Präsident **Löbe** ruft schließlich den Abg. Torgler, der mehrmals höhnische Zwischenrufe machte, zur Ordnung.

Auf Vorschlag des Präsidenten vertagt das Haus um 4.15 Uhr die **Aussprache über die Regierungserklärung** auf Mittwoch, 12 Uhr. Mit ihr verbunden wird die Beratung einer Reihe von Anträgen der Kommunisten, die u. a. die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungswesens und die Aufhebung der Lohnsteuer verlangen. Weitere kommunistische Anträge wenden sich gegen die Inangriffnahme des Baues eines Panzerkreuzers und verlangen, daß die hierfür bewilligten Mittel im Betrage von 9 Millionen Reichsmark für Schulspeisungen von Volksschulkindern verwendet werden.

*

Reichsjustizminister **Koch** hatte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, eine Besprechung mit Vertretern der Koalitionsparteien, die der Erledigung der vorliegenden Amnestieanträge galt. Die Besprechungen sollen morgen und in den nächsten Tagen noch fortgesetzt werden.

Zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien des Reichstages ist, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, eine Vereinbarung dahin getroffen worden, vor der **Sommerpause des Reichstages** nur noch die **Amnestiefrage**, die Frage des **Verfassungstages** und die erneute Behandlung des **Strafgesetzbuches** im Strafrechtsausschuß zu erledigen. Steuerfragen sollen in der gegenwärtigen Session nicht mehr behandelt werden. Auch eine eventuelle Senkung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer wird frühestens im Dezember erfolgen.

Es wird damit gerechnet, daß die am Mittwoch beginnende **Aussprache über das Regierungsprogramm**, für die zwei Rednerreihen bestimmt sind, schon am Donnerstag abend beendet sein kann. Dann würde eine Pause in den Vollsitzungen bis zum Dienstag eintreten. In der nächsten Woche sollen dann in 5 Sitzungstagen Amnestiefragen und die sonstigen vordringlichen gesetzgeberischen Aufgaben erledigt werden.

Die **Zentrumsfraktion** wird wahrscheinlich in der Aussprache eine kurze Erklärung zum Regierungsprogramm durch den Abg. Stegerwald abgeben lassen, worin der grundsätzliche Standpunkt der Fraktion zum Ausdruck kommen soll. Über die Frage, ob der Reichsregierung lediglich die Billigung oder das Vertrauen ausgesprochen werden soll, wird sich die Zentrumsfraktion erst am Mittwoch schlüssig werden. In parlamentarischen Kreisen rechnet man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, damit, daß die Regierungsparteien sich dahin einigen werden, der Regierung das Vertrauen des Reichstages auszusprechen. Sonst über alle anderen Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Die **Zentrumsfraktion** des Reichstages beschloß am Dienstag, laut „Germania", die **Wahl ihres Fraktionsvorstandes** auf den Herbst zu verschieben. Bis dahin wird der bisherige Fraktionsvorstand die Geschäfte der Fraktion führen.

Die **Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei** wird bei der politischen Programmrede durch den Abg. Drewitz eine kurze **Erklärung** abgeben lassen, die die Befriedigung darüber ausdrückt, daß die bei der Regierungsbildung von der Partei eingereichten Mittelstandsforderungen zum großen Teil in das Regierungsprogramm aufgenommen worden seien.

Anträge im Reichstag.

Zum Wiederbeginn der Reichstagssitzungen sind von den Parteien eine große Anzahl Anträge eingegangen. Die Reichstagsfraktion der **Deutschen Volkspartei** ersucht die Reichsregierung, alsbald den Entwurf eines **Steuervereinheitlichungsgesetzes** in einer Fassung vorzulegen, die eine fühlbare Senkung der Realsteuern gewährleistet. Weiter wird die Reichsregierung um baldige Vorlegung eines Gesetzes ersucht, das die Verankerung zur **Einkommensteuer** auf eine andere Grundlage stellt.

Die **demokratische Fraktion** verlangt die Vorlegung einer neuen **Reichsstädteordnung**, die Beseitigung der **Enklaven**, die Aufhebung der **Gesandtschaften der Länder untereinander** und die Vorlegung einer Reichslandgemeindeordnung. Ferner wird ersucht, die Pflichtgrenze zur Angestelltenversicherung auf 8000 Reichsmark festzusetzen. Der Reichsverkehrsminister wird ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dahin vorstellig zu werden, daß die **Arbeiterwochenkarten** auch den Angestellten zugänglich gemacht werden, die angestelltenversicherungspflichtig sind.

Weitere Anträge ersuchen die Reichsregierung, unverzüglich den Entwurf eines Kleinrentnerversorgungsgesetzes vorzulegen. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche.

Von Amundsen liegen keine Nachrichten vor. Die Meldung, daß von dem Vermißten Radiosignale aufgefangen worden seien, ist unbestätigt.

Letzte Nachrichten

Deutsch-französisches Studienkomitee in Baden-Baden

Baden-Baden, 4. Juli. (Tel.) Im Hotel „Stephanie" begann heute mittag 12 Uhr die Tagung des deutsch-französischen Studienkomitees. Eingeleitet wird die Tagung mit einer **Gedenkfeier** für den verunglückten Begründer Emil Mayrisch, Luxemburg, sowie für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Felix Deutsch und Edgar Schlubach. Die Tagesordnung enthält für heute einen Vortrag des früheren Reichsministers Hermes über die **Lage der Landwirtschaft in Europa**, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland und Frankreich.

Deutsche Rettungsaktion für die Nobile-Mannschaft

WTB. **Berlin**, 4. Juli. (Tel.) Der bekannte Flieger **Udet** hat der italienischen Regierung angeboten, mit leichten **Udet-Flamingos-Flugzeugen** eine **Rettungsexpedition** für die auf dem Eise festgehaltene Nobile-Mannschaft vorzunehmen. Es würde für ihn nicht allzu schwierig sein, mit diesen leichten Flugzeugen, sobald sie mit Kufen versehen seien, auf kleinstem Raum auf dem Eise zu landen. Die Besatzungsmitglieder sollen einzeln abgeholt werden.

Die **italienische Regierung** hat diesen Vorschlag Udets wärmstens **begrüßt**. Udet wird in den nächsten Tagen mit zwei Flugzeugen, einem zweiten Piloten und einigen erfahrenen Leuten unter Führung des bekannten Nordpolfahrers Kapitän Ritscher von Hamburg mit einem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie nach Spitzbergen abfahren.

Die **Reichsregierung** hat die Förderung dieses Rettungsunternehmens unternommen. Mit Rücksicht auf die Fahrtdauer nach Spitzbergen wird mit einem Einsetzen der Rettungsaktion nicht vor 10 Tagen zu rechnen sein.

Bauernpartei gegen Pilsudski

WTB. **Warschau**, 4. Juli. (Tel.) Der Vorstand der Bauernpartei hat einen Beschluß gefaßt, in dem er gegen die **Erklärungen Pilsudskis** Verwahrung eingelegt und erklärt, daß die Bauernmassen Polens mit allen Mitteln die republikanisch-parlamentarischen Einrichtungen stützen und Anschläge auf den Volkssejm mit Entschiedenheit zurückweisen würden. (Es handelt sich um maßlose Angriffe, die Pilsudski gegen den Sejm gerichtet hat. D. Red.)

Hat eine zweite Abstimmung im Colmarer Komplottprozeß stattgefunden?

Die „Lothringische Volkszeitung" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß im Colmarer Komplottprozeß die Geschworenen über die Grundfrage, ob ein Komplott bestanden habe, zweimal abgestimmt haben. Die erste Abstimmung habe Stimmengleichheit und somit eine Verneinung der grundlegenden Schuldfrage ergeben. Daraufhin habe jemand eine zweite Abstimmung verlangt, und die Geschworenen beschworen, ihre Meinung zu revidieren. Denn der **Ministerpräsident müsse zurücktreten, wenn der Prozeß mit einem Freispruch endige**, und dann werde ein neuer Frankensturz kommen und ganz Frankreich ruinieren. Die „Volkszeitung", die sich durch diese Mitteilung zum Echo eines seit dem ersten Tage nach dem Urteil mit großer Bestimmtheit aufgetretenen Gerüchts macht, sagt dazu: „Ja oder nein, hat eine doppelte Abstimmung über die Schuldfrage stattgefunden? Wenn ja, ist die zweite Abstimmung gültig? Das Wort von dem Colmarer Justizverbrechen ist mit solcher Beharrlichkeit vom ersten Tage an in der Weltpresse niedergeschrieben worden, daß keine Beruhigung eintritt, solange nicht dieser wesentliche Punkt einwandfrei geklärt ist."

*

Berlin, 4. Juli. (Tel.) Nach Blättermeldungen haben die beiden verhafteten elsässischen Abgeordneten **Rossé und Ricklin ihre Berufung zurückgezogen**. Durch die Zurückziehung dieser Berufung wird das Urteil des Kolmarer Gerichts definitiv. Man nimmt, der „Vossischen Zeitung" zufolge an, daß der Schritt der beiden Abgeordneten im Benehmen mit der Pariser Regierung und auf Anraten der elsässischen Abgeordneten geschehen ist, damit die Erledigung der Angelegenheit auf dem **Gnadenwege** beschleunigt wird.

Poincaré über Krieg und Frieden. Anläßlich eines Banketts in der amerikanischen Botschaft in Paris nahm auch der französische Ministerpräsident das Wort. Er betonte, daß Frankreich am meisten unter dem Krieg und der Inflation gelitten habe und daß es ein Land sei, dem die Wiedergutmachung seiner Verluste am schwersten gefallen sei. Frankreich werde nicht müde werden, der Welt Beweise seiner **friedfertigen Gesinnung** zu geben. Es werde niemals eine Gelegenheit abweisen, den **Offensivkrieg** zu verdammen, vorausgesetzt, daß es die Möglichkeit hat, sich gegen alle Angriffe zu verteidigen. Hoffen wir, so schloß Poincaré, daß in den kommenden Jahren der Frieden endgültig seine Herrschaft aufrichten wird.

Neuregelung der Ehescheidung. Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, wird im **Reichsjustizministerium** die Frage der Ehescheidung mit Beschleunigung bearbeitet. Die Ehescheidungsreform ist zwar im Regierungsprogramm nicht besonders erwähnt worden. Jedoch trägt sich der Reichsjustizminister Dr. **Koch**, Weser, mit der Absicht, dem Kabinett und den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst d. J. eine Vorlage über die Ehescheidung zu machen, in der anstelle des Verschuldungsprinzips das Zerrüttungsprinzip gesetzt werden soll.

* Die Regierungserklärung

Die **programmatische Erklärung**, mit welcher gestern Reichskanzler **Hermann Müller** vor das **Parlament getreten ist**, läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß sie das **Bekenntnis zu einer ganz im Boden des neuen Staates wurzelnden Politik, vereinigt mit einer Fülle von Arbeitsvorschlägen, die sämtliche dem Wohle des gesamten Volkes dienen und deshalb zunächst von keiner Partei ernstlich bekrittelt werden können.** Die Republikaner werden an dieser programmatischen Erklärung nichts auszusetzen haben, aber auch die übrigen Parteien werden kaum Veranlassung haben, dieses Programm abzulehnen. Wenn die Opposition dennoch gegen die Regierung und ihr Programm stimmen sollte, dann würde das aus Gründen der Parteipolitik, und nicht aus Gründen einer sachlichen Kritik geschehen.

Der erste Abschnitt der Rede, der sich auf die **Außenpolitik** bezieht, ist sicherlich unserm **ganzen Volke aus dem Herzen gesprochen.** Der Reichskanzler fordert die **sofortige Befreiung der noch besetzten Gebiete am Rhein und an der Saar**, er fordert sie im Interesse einer **wirklichen** Verständigungspolitik. An den Aufgaben des **Völkerbundes** will die neue Regierung loyal mitarbeiten, **doch** steht im Vordergrunde ihrer Aufmerksamkeit die Frage der **allgemeinen Abrüstung.** Die Welt müsse sich darüber klar werden, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand sei, daß sich ein großes Land, wie Deutschland, entwaffnet inmitten von Ländern befindet, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Was die **Reparationsfrage** anlangt, so hat der Reichskanzler betont, daß jetzt zweifellos der Augenblick zur Herbeiführung der **Endlösung** gekommen sei. Auch hier müsse nach den Prinzipien gegenseitiger Verständigungsbereitschaft, nach den Methoden einer vernünftigen Wirtschaftspolitik vorgegangen werden, selbstverständlich unter **Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung unseres Volkes.**

Weltwirtschaftspolitisch werde die Reichsregierung alle Bestrebungen einer wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit der ganzen Welt unterstützen und die **Kräfte der deutschen Wirtschaft stärken.** Sie akzeptiert die schon von der früheren Regierung ausgesprochene Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, wird sich für die **Senkung der Zolltarife durch internationale Vereinbarung** einsetzen und betrachtet Handelsverträge mit den östlichen und südöstlichen Staaten als eine wesentliche Aufgabe.

Wichtig für die Ausfuhr und Sicherung eines angemessenen **Reallohnes** der werktätigen Bevölkerung sei die **Preisgestaltung auf dem inneren Markt.** Zu ihrer Beeinflussung müsse die Leitung eines Staatswesens den unbedingt notwendigen Überblick und Einblick in die **Kartelle, Truste und ähnlichen Organisationen** haben. Insbesondere verfolge die Reichsregierung die Entwicklung der Verhältnisse im Steinkohlenbergbau.

Mit großem Nachdruck proklamiert die neue Regierung den **Schutz der mittelständischen Kreise** und die **Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft.** Auf diesem Gebiet werden vor allem Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite und Herabsetzung des Zinssatzes angestrebt werden. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den **Achtstundentag**, Ausarbeitung eines **Arbeitsschutzgesetzes**, Kampf gegen die **Wohnungsnot**, Schaffung eines **neuen Reichsbeamtengesetzes**, zeitgemäße **Reform des Wahlrechts**, Lösung des Problems des **Reichsschulgesetzes**, Fortführung der **Strafrechtsreform** mit womöglicher Beseitigung der Todesstrafe, Vereinfachungen auf dem Gebiet der **Steuerveranlagung, Steuererleichterungen für die Einkommen bis 8000 RM**, Regelung des **Verhältnisses zwischen Reich und Ländern** unter Berücksichtigung der Bedeutung der Eigenart des deutschen Volkswesens und in **Zusammenarbeit mit den Ländern selbst**, Schaffung eines **Reichsverwaltungsgerichts**; das sind die Arbeiten, welche die neue Regierung sich vorgenommen hat.

Sie werden nur dann erledigt werden können, wenn wir **von Krisen verschont** bleiben und die jetzt amtierende Regierung möglichst bis zur nächsten Reichstagswahl am Ruder bleibt. Recht lange am Leben zu bleiben, ist, wie neulich schon Reichsinnenminister Severing ausgeführt hat, die feste Absicht des neuen Kabinetts. Bei allen angekündigten Arbeiten will die Regierung auch in Wahrheit **Führerin** sein.

Sehr erfreulich waren auch die Ausführungen des Reichskanzlers, die das Gebiet des **Politischen** beschreiten.

Mit der Beilage: 31. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Fruchtbare Arbeit auf allen Gebieten sei nur möglich auf dem Fundament **eines festen Staatsgefüges**, dessen Grundlage unsere **Weimarer Verfassung** ist. Es sei die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, auf dieser Grundlage unser Staatswesen im demokratischen Sinne **auszubauen** und für die **Ehrung und Achtung der Republik und ihrer Symbole einzutreten.** Es sei selbstverständlich, daß die Verfassung gegen jede gesetzwidrigen Angriffe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geschützt wird. Die Reichsregierung vertraue dabei auf die Mithilfe der Beamtenschaft.

Was die **Wehrmacht** betrifft, so wird sie nach den Worten des Reichskanzlers ihre Aufgaben nur dann wirksam erfüllen können, wenn sie **im Volke wurzelt** und vom Vertrauen **aller** Bevölkerungsschichten getragen wird. Dazu wird eine **rein vaterländische und überparteiliche** Einstellung erforderlich sein.

Nach dieser Rede wird, wie schon oben gesagt, die Opposition nur sehr schwer Anlaß zur Kritik finden. Sie wird sich deshalb wahrscheinlich auf die Erklärung zurückziehen, daß man abwarten müsse, in welcher Form und in welchem Geiste die einzelnen Punkte des Programms verwirklicht werden, um davon ihre Haltung abhängig zu machen. Eine solche Politik wird man der Opposition nicht verargen dürfen. Die Hauptsache ist, daß sie bei ihrer Kritik sachlich verfährt. Noch viel wichtiger aber ist, daß die Parteien, welche an der Regierung beteiligt sind, im großen und ganzen auch wirklich zusammenhalten.

Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen

Entsprechend einer Anregung des vorigen Reichstags hat die Reichsregierung sich entschlossen, einen jährlichen Betrag von 20 Millionen Reichsmark zur Gewährung von **Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen** zur Verfügung zu stellen. Diese Beihilfen sollen nicht nur, wie es das Reichsversorgungsgesetz vorschreibt, bis zum vollendeten einundzwanzigsten, sondern im **Bedarfsfalle bis zum vollendeten vierundzwanzigsten Lebensjahre** gezahlt werden. Nach den vom Reichsarbeitsminister erlassenen **Richtlinien** ist Voraussetzung für die Gewährung dieser Beihilfen, daß die Waisen sich in der Schulausbildung oder in der Ausbildung für einen Lebensberuf — im Sinne der im Reichsgesetzblatt 1921, Seite 215, veröffentlichten Richtlinien für die Erziehung und Ausbildung von Kriegerwaisen usw. — befinden, und daß hierdurch **besondere** Kosten entstehen, die aus dem Einkommen der Waisen und den ihrer unterhaltungspflichtigen Angehörigen nicht ohne Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bestritten werden können. Die Beihilfe soll in der Regel monatlich 10 Reichsmark betragen. Sie kann aber, sobald das Kind das 15. Lebensjahr vollendet hat, oder aus der Schule in eine **Berufsausbildung** eingetreten ist, bis auf **25 Reichsmark, in ganz besonders gearteten** Fällen bis auf **35 Reichsmark** monatlich erhöht werden.

Zu den **besonderen** Kosten, die nach den Richtlinien Voraussetzung der Gewährung von Erziehungsbeihilfen sind, wird im allgemeinen schon ein Schulgeld zu rechnen sein. Während einer praktischen Lehrzeit wird in der Regel nur dann eine Beihilfe gewährt werden können, wenn die Waise keine oder nur eine ganz geringe Lehrvergütung erhält oder wenn sie an einem anderen Orte gegen Bezahlung während der Lehrzeit untergebracht werden muß. Ein **erhöhtes** Bedürfnis wird häufig während einer Ausbildung auf Fachschulen, Hochschulen usw. vorliegen.

Die Anträge auf Gewährung einer derartigen Erziehungsbeihilfe sind an die zuständigen Fürsorgestellen einzureichen, die sie zusammen mit ihrem Gutachten an die Hauptfürsorgestellen weitergeben. In dem Gutachten soll namentlich angegeben werden, ob der Rat des **Berufsamtes** eingeholt und befolgt worden ist, falls die Berufsausbildung zur Zeit der Stellung des Antrags noch nicht begonnen hat. Die Hauptfürsorgestelle fügt dann den Anträgen die Höhe des Betrages hinzu, den sie als Beihilfe für erforderlich hält und gibt sie dann an das zuständige Versorgungsamt weiter. Diese haben die endgültige Entscheidung zu treffen. Gegen ihre Entscheidung kann Beschwerde eingelegt werden, über die dann das Hauptfürsorgeamt zu entscheiden hat.

Feierlicher Empfang der Atlantikflieger in Irland

Die drei Atlantikflieger wurden bei ihrem Eintreffen in Dublin von einer großen Menschenmenge begrüßt und von Kavallerie, Infanterie und verschiedenen öffentlichen Körperschaften durch die mit Flaggen und Begrüßungstafeln festlich geschmückten Straßen eskortiert. Die Fenster und Dächer der Häuser waren von Zuschauern dicht besetzt. Die Flieger wurden zu einer Tribüne geleitet, wo sie begrüßt wurden. In herzlichen Worten drückten sie dann ihre Dankbarkeit über den Empfang aus. Später wurde ihnen zu Ehren ein Bankett gegeben.

Die Rede des Reichskanzlers

Reichskanzler Hermann Müller führte in der Sitzung des Reichstags am Dienstag nachmittag aus:

Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause das **neue Reichskabinett** vorzustellen, das aus dem am 20. Mai gewählten Reichstag hervorgegangen ist. Der Wahlkampf hat der Welt bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger und steter Entwicklung eingetreten ist. Die Fundamente des neuen Staates, der **deutschen Republik**, stehen sicher und unerschütterlich. Die Reichsregierung hat die Aufgabe, auf dem neuen, festgefügten Grunde weiterzubauen und unablässig dahin zu wirken, daß die Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit sich immer mehr schließen, und auf allen Gebieten entschlossene Reformarbeit geleistet wird. Denn nur entschiedenes Weiterarbeiten auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschritts entspricht dem Willen, den das deutsche Volk bei den Reichstagswahlen bekundet hat. Solchen Zielen dient die **Zusammensetzung der Reichsregierung.** Beruht sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage, so hat sie doch in ihrer Zusammensetzung die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Auf dieser Basis hat das neue Reichskabinett seine Tätigkeit aufgenommen. Es wird die kommende politische Arbeit nach dem folgenden Programm gestalten, das ich die Ehre habe, Ihnen vorzutragen.

In der

Auswärtigen Politik

ist der Weg, den die Reichsregierung gehen wird, klar vorgezeichnet. Die deutsche Außenpolitik verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur **friedlichen Verständigung** unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche. An dieser Grundlage werden wir **festhalten.** Ernste und wichtige Fragen harren der Lösung. Ich nenne zunächst die Frage der **Befreiung der noch besetzten Gebiete am Rhein und des Saarlandes.** In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist die Reichsregierung von unserem wohlbegründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung dieser Gebiete überzeugt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die **Besatzungsmächte** aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre die gegebenen Schlußfolgerungen noch immer nicht gezogen haben, und daß es aus diesem Grunde bisher nicht gelungen ist, in den wechselvollen Erörterungen über die Räumungsfrage ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Nur noch anderthalb Jahre trennen uns von dem für die Räumung der zweiten Zone vorgesehenen letzten Vertragstermin.

Wir wissen alle, daß es eines Appells an die **Treue** und **Geduld der Bevölkerung der besetzten Gebiete** selbst dann nicht bedürfte, wenn es notwendig wäre, bis zu den letzten Vertragsterminen auszuharren. Käme es aber wirklich dahin, daß die Räumungsfrage einfach dem Zeitablauf überlassen bliebe, so wäre damit eine bedeutsame Gelegenheit versäumt, die **Politik der Verständigung in die Tat umzusetzen,** obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben wären. Für uns ist in dieser Frage eben der selbstverständliche Wunsch nach freier Ausübung der deutschen Souveränität im Rheinlande und nach Befreiung der Bevölkerung von den Lasten der Besetzung vor allem der Gesichtspunkt maßgebend, daß es sich darum handelt, endlich diese noch aus der Kriegszeit dastehende Schranke niederzulegen, die der Begründung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern im Wege steht. Wir erwarten auf das Bestimmteste, daß dieser Gesichtspunkt im gleichen Maße nunmehr auch von den an der Besetzung beteiligten fremden Regierungen gewürdigt wird. Wir erwarten auch, daß bei ihnen jeder von anderer Seite unternommene Versuch, den Sachverhalt durch das unberechtigte Hereinziehen anderer Probleme zu verwirren, vergeblich bleiben wird. **Das Räumungsproblem ist einfach und klar.** Es bedarf nur des guten Willens, um es zu lösen.

Der treuen Bevölkerung am Rhein und Saar entbieten wir unseren herzlichen **Gruß.** Die Reichsregierung ist sich der schweren wirtschaftlichen Not bewußt, die dort infolge der Besetzung einen hohen Grad erreicht hat und durch die Grenzverhältnisse noch verschärft wird. Wir werden dieser wirtschaftlichen Not unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Mit den Grundlagen unserer Außenpolitik hängt unsere Betätigung im

Völkerbund

aufs engste zusammen. Wir sehen im Völkerbund einen der wichtigsten Faktoren des internationalen Lebens und damit auch der Förderung der nationalen Interessen. Wir sind entschlossen, an allen Aufgaben, die in Genf zu lösen sind, loyal mitzuarbeiten. Von den allgemeinen Völkerbundsproblemen steht im Vordergrunde des Interesses

die Frage der allgemeinen Abrüstung.

Die **Entwaffnung Deutschlands** ist bis zum **letzten Ende durchgeführt** und kein Staat hat so viel für die allgemeine Sicherheit getan wie Deutschland. Das beweisen die Verträge von Locarno und die zahlreichen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofes und seine aktive Mitarbeit am Genfer Sicherheitskomitee. Deutschland ist der erste Staat gewesen, der dem neuerdings von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgelegten allgemeinen Pakte zur Ächtung des Krieges vorbehaltlos zugestimmt hat. Alles das gibt uns das Recht und die Pflicht, mit allem Nachdruck die Forderung zu erheben, daß jetzt endlich mit der **Durchführung der allgemeinen Abrüstung ernst gemacht** und so der sehnlichste Wunsch aller Völker, die durch den furchtbaren Krieg gegangen sind, erfüllt wird. Die Welt muß sich darüber klar werden, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einseitig abgerüstet sich inmitten von Ländern befindet, die bis an die Zähne bewaffnet sind.

Vor einer weittragenden Aufgabe wird uns die kommende Entscheidung in der

Reparationsfrage

stellen. Durch den Sachverständigenplan und die Londoner Abmachungen vom Januar 1924 ist es gelungen, das Reparationsproblem des politischen Charakters zu entkleiden und aus ihm eine finanzielle und wirtschaftliche Frage zu machen. Seither ist die Durchführung des Sachverständigenplanes reibungslos erfolgt. Die Sachverständigen haben ihren Plan indes nur als eine vorläufige Regelung bezeichnet und es als notwendig hingestellt, diese vorläufige Regelung durch eine endgültige zu ersetzen, sobald die Verhältnisse dies ermöglichen. Kann der Zeitpunkt für die Inangriffnahme der Endlösung sich auch heute noch nicht genau übersehen lassen, so ist doch die Entwicklung weit genug fortgeschritten, um in allen beteiligten Kreisen Raum für die Überzeugung zu schaffen, daß die baldige Herbeiführung dieser Endlösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist. Deutschland wird es seinerseits nicht an der loyalen Mitwirkung fehlen lassen, um eine Frage endgültig zum Abschluß zu bringen, die sowohl für die deutsche Wirtschaft, als auch für die Weltwirtschaft von größter Bedeutung ist. Indem ich darauf verzichte, die sämtlichen Aufgaben unserer Außenpolitik, wie sie sich aus unseren Beziehungen zu den einzelnen Ländern ergeben, besonders aufzuführen, wende ich mich nunmehr den Fragen der

Innenpolitik

zu. Die **deutsche Wirtschaft** bedarf zu ihrer vollen Entfaltung der Erweiterung und Vertiefung ihrer Wirtschaftsbeziehungen. Infolgedessen wird die Reichsregierung ihre Kraft daran setzen, durch Pflege und Erweiterung der weltwirtschaftlichen Betätigungen, die deutschen Wirtschaftskräfte zu stärken. Die neue Reichsregierung nimmt die vorbehaltlose Anerkennung der Ergebnisse der **Genfer Wirtschaftskonferenz** durch die bisherige Reichsregierung auf. Sie wird zu ihrem Teil für die Verwirklichung sorgen und sich insbesondere an den Arbeiten zur Senkung der nach dem Kriege fast überall erhöhten **Zolltarife** durch internationale Vereinbarungen kräftig beteiligen. Die Erweiterung unserer **handelsvertraglichen Beziehungen,** insbesondere zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten, sieht die Reichsregierung als eine wesentliche Aufgabe an. Sie begrüßt es, daß die Verhandlungen mit dem stammverwandten **Österreich** zu einem endgültigen und abschließenden Handelsvertrag in Wien eingesetzt haben.

Die Reichsregierung wird auch den dritten Weg handelspolitischer Betätigung einschlagen, den die Weltwirtschaftskonferenz in ihrem Streben nach Erleichterung des Warenaustausches empfohlen hat: autonome Maßnahmen auf dem Gebiete des Zolltarifs.

Wichtig für die Gestaltung der Ausfuhr sowohl, als für die Sicherung eines angemessenen Reallohnes der werktätigen Bevölkerung ist

die Preisgestaltung auf dem deutschen Innenmarkt.

Zu ihrer Beeinflussung dient neben einer auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit hinzielenden Handelspolitik, vor allem auch die richtige Einstellung des Staates zu den großen, von Kartellen, Trusts und ähnlichen Formen unseres Wirtschaftslebens beeinflußten **monopolistischen Organisationen.**

Mit besonderer Sorgfalt verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung der Verhältnisse im **deutschen Kohlenbergbau.** Die Reichsregierung wird an der bisherigen **Verkehrspolitik** festhalten und bestrebt sein, durch organisatorische Weiterentwicklung der verschiedenen Verkehrsmittel die günstigsten Bedingungen zur Hebung des Absatzes zu schaffen.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß weiteste Kreise des Mittelstandes, in **Handwerk, Handel** und **Gewerbe,** sich in **schwerer Notlage** befinden und noch immer nicht eine gesunde Grundlage für ihre Existenz haben finden können. Diesen mittelständigen Kreisen Schutz und Förderung angedeihen zu lassen und einer durch die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht gebotenen Ausdehnung der Betätigung der öffentlichen Hand angemessene Grenzen zu setzen, wird sich die Reichsregierung besonders angelegen sein lassen.

Auch in dem Verhältnis zu den

deutschen Grenzgebieten,

die infolge ihrer Lage einer Reihe besonderer Schwierigkeiten ausgesetzt und daher erhöhter Fürsorge bedürftig sind, muß dies geschehen. Es gibt keine isolierte Wirtschaft einzelner Betriebe, sondern nur eine einheitliche deutsche Wirtschaft. Ebenso ist es notwendig, den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen, deren Betreuung innerhalb der Reichsregierung aus technischen und organisatorischen Gründen verschiedenen Ministerien zugeteilt wird, einen angemessenen Ausgleich und eine Behandlung unter einheitlichen Gesichtspunkten zu sichern.

Die Notlage weiter Kreise und Gebiete der deutschen **Landwirtschaft** hält unvermindert an. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Voraussetzung ihrer Erhaltung, und damit der Erhaltung des deutschen Landvolks. Auf der Grundlage des vom letzten Reichstag beschlossenen Volkswillens sollen die Arbeiten zur Qualitätssteigerung, zur Standardisierung wichtiger Produkte, der Verbesserung der Absatzorganisation unter besonderer Berücksichtigung der Edelerzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft fortgeführt werden. Die Menge kurzfristiger Kredite, die in dieser Verschuldung enthalten sind, gefährden fortgesetzt die rationelle Führung der Betriebe. Die Umwandlung dieser Kredite in langfristige Verschuldungen und die Senkung des Zinssatzes aller landwirtschaftlichen Schulden wird angestrebt werden.

Die Reichsregierung beabsichtigt die Ratifizierung des **Washingtoner Abkommens** über den **Achtstundentag,** und wird an den internationalen Verhandlungen an der Beseitigung der hinsichtlich der Revision dieses Abkommens zur Zeit bestehenden Ungewißheit und der seiner allgemeinen Ratifizierung entgegenstehenden Hemmnisse mit allen Kräften mitarbeiten. Sie wird dem bereits vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes dem Reichstag alsbald vorlegen, ebenso auch den zu seiner Ergänzung erforderlichen Entwurf eines Bergarbeitergesetzes. Neben dem Arbeiterschutzgesetz wird vor allem die Neugestaltung der **Seemannsordnung,** des **Tarifvertragsrechts** und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts zu fördern sein. Das Los der **Kriegsbeschädigten** und **Kriegshinterbliebenen** zu bessern entspricht dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes. Die **Wohnungsnot** beeinträchtigt nach wie vor die Gesundung unseres Volkslebens. Die Regierung wird die vom Reichsrat beschlossene Initiativvorlage über den **Verfassungstag** unverzüglich beim Reichstag einbringen. Die Reichsregierung rechnet und vertraut hierbei auf die treue Mithilfe der **Beamtenschaft.**

Die Wahlreform

wird die Reichsregierung erneut in Angriff nehmen. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, das öffentliche **Schulwesen**

Abschiedsabend Nelly Rademacher

Nelly Rademacher trat gestern zum letztenmal an unserer Bühne auf und verabschiedete sich bei dieser Gelegenheit vom Publikum. Zur Aufführung gelangte die **„Kleine Komödie“**, in welcher sie die weibliche Hauptrolle der Maria spielt. Das Haus war trotz der Hitze ausverkauft. Frl. Rademacher entfaltete noch einmal den ganzen, ungewöhnlichen Zauber ihrer ursprünglichen, schauspielerischen Begabung. Das Publikum folgte ihrem Spiel mit einem Interesse, dessen Herzlichkeit kaum überboten werden kann.

Die Bedeutung Nelly Rademachers als Künstlerin ist schon vorgestern an dieser Stelle von unserm Schauspielkritiker gewürdigt worden. Weitere Worte erübrigen sich. Höchstens sei hier nochmals der Ausdruck des Bedauerns darüber laut, daß wir eine so bewährte und geschätzte Kraft, eine so ausgezeichnete Künstlerin, die wirklich Liebling des Publikums war, verlieren müssen.

Wenn es in einer Ankündigung der Theaterleitung heißt, das Fach der Frl. Rademacher solle in Zukunft **eingespart** werden, so klingt das etwas merkwürdig. Will man in Zukunft Lustspiele nicht mehr aufführen? Und wenn doch, wer soll dann Fräulein Rademacher ersetzen? Wer wird im übrigen in der nächsten Saison die Julia im „Schinderhannes“ spielen, die am Freitag von Fräulein Rademacher in einer Form verkörpert wurde, die das Entzücken des gesamten Publikums und der gesamten Kritik erregte. Die Theaterleitung hat der Presse jene Mitteilung gemacht, also ergeben sich solche Fragen ganz von selbst. Sonst hätten wir sie uns geschenkt. Denn es ist Sache der Theaterleitung allein, dafür zu sorgen, daß alle Fächer ausreichend besetzt sind, und daß das künstlerische Niveau des Theaters nicht sinkt. Jedenfalls war es wohl nicht ganz klug, der Presse die Einsparung ausgerechnet des Fachs mitzuteilen, dessen Vertreterin von der Kritik eigentlich immer als schier unentbehrlich empfunden wurde. C. A.

Die Südwestdeutsche Bühne im Spieljahr 1927/28

Mit dem Spieljahr 1927/28 erfuhr die künstlerische Wanderbühne **Badens,** die Badische Bühne, eine Umformung auf wesentlich verbreiteter Basis. Mit dem Namen Südwestdeutsche Bühne umfaßt das Unternehmen jetzt ein Spielgebiet, das sich vom Oberrhein über Baden, Hessen und Hessen-Nassau, Teile Unterfrankens einschließend, bis zum südlichen Westfalen ausdehnt. 42 Städte wurden in der vergangenen Spielzeit regelmäßig bespielt. Die künstlerische Leistung der Bühne fand unter der Leitung des Intendanten Dr. Karl Bauer überall lebhafte Anerkennung. Für die nächste Spielzeit sind Werke wie „Minna von Barnhelm“, „Biberpelz“, „Schneider Wibbel“, „Der Patriot“, „Hedda Gabler“, „Helden“, „Othello“ u. a. vorgesehen. In eigenen Werkstätten wird für jedes Stück eine Dekoration angefertigt, die in einem neu beschafften Lastauto mitgeführt werden. Der mit ehrlichem künstlerischem Eifer arbeitenden Kulturbühne ist eine erfolgreiche Weiterentwicklung zu wünschen. Durch die Landesgeschäftsstelle des Bühnenvolksbundes für Baden-Hohenzollern, Leitung Direktor Robert **Ebert,** wurden über 100 Vorstellungen mit großem Erfolg gegeben. Durch eine Reihe von Städten und Gemeinden sind die Vorstellungen für das Spieljahr 1928/29 bereits soweit gediehen, daß die Tourneen am 1. September wieder beginnen können.

Ausscheiden Klemperers aus der Staatsoper. Otto Klemperer hat ersucht, ihn von den Verpflichtungen gegenüber der Staatsoper zu entbinden, da er sich ganz seinen musikalischen Aufgaben widmen will. Dem Ersuchen wurde stattgegeben und Ernst Legal die Leitung der Oper übetragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

organisatorisch und sozial umzugestalten. Die **Wehrmacht der deutschen Republik** wird ihrer Aufgabe — Schutz der Grenzen und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern — nur wirksam erfüllen können, wenn sie im Volke verwurzelt und vom Vertrauen aller Bevölkerungsschichten getragen ist. Dieses Vertrauen wird sie sich am besten durch pflichtfrohe Arbeit und in rein vaterländischer und überparteilicher Gesinnung erwerben und erhalten. Die große Gesetzgebung der **Strafrechtsreform** hat der Reichstag in der vorigen Wahlperiode nicht mehr zum Abschluß bringen können. Namentlich wird die Frage der Beseitigung der **Todesstrafe** zu entscheiden sein. Schon jetzt aber wird die Reichsregierung bei den **Landesregierungen** anregen, bis dahin das Begnadigungsrecht gegenüber Todesurteilen anzuwenden.

Dem Hohen Hause liegen mehrere Initiativanträge vor, die sich mit der Frage einer **Amnestie** für politische Straftaten befassen. Die Reichsregierung hofft, daß sich das Hohe Haus bei der bereits begonnenen Beratung der Amnestieanträge über Umfang, Art und Grenzen der Amnestie verständigen wird.

Auf dem Gebiet der

Steuerpolitik

wird die Regierung ihr Augenmerk der Frage zuwenden, inwieweit die drückende Steuerlast, die insbesondere auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung liegt, eine Erleichterung erfahren kann. Die Prüfung ist freilich davon abhängig, daß zunächst die weitere Entwicklung der Gesamtverhältnisse abgewartet wird. Erst im **Herbst** wird es möglich sein, sich ein Urteil hierüber zu bilden. Vordringlich scheint die Frage, wieweit bei Einkommen bis zu 8000 *RM*, sei es, daß sie dem Lohnabzug unterliegen, sei es, daß sie veranlagt werden, eine Erleichterung angestrebt werden soll, angesichts der Tatsache, daß das **Aufkommen an Lohnsteuer** in den vergangenen Monaten des Rechnungsjahres Beträge erreicht hat, die eine Überschreitung der gesetzlich festgelegten Höchstsumme erwarten lassen. Es scheint ferner geboten, nunmehr das gesetzlich gegebene Versprechen einzulösen, und Teile der Vermögenssteuer nachzuerheben, deren Höhe von 40 Millionen Reichsmark gegenüber dem Etatsoll des Rechnungsjahres 1926 ausgefallen ist.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem

finanziellen Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

zuzuwenden sein. Für eine künftige Gestaltung des für die gesamte Finanzlage so bedeutsamen Finanzausgleichs bildet die wichtigste Grundlage eine einheitliche Regelung des generellen Rechts der Realsteuern und Hauszinssteuer, die durch ein Steuervereinheitlichungsgesetz erreicht werden soll, dessen Entwurf bereits den Reichsrat beschäftigt hat. Sparsamste Haushaltsführung ist das unbedingte Erfordernis, um jede Gefährdung des Gleichgewichts unserer Finanzen zu vermeiden. Die Schaffung eines **Reichsverwaltungsgerichts** wird als erster Schritt zur Vereinfachung nachdrücklich gefordert werden.

Die Ihnen unterbreitete Regierungserklärung des neuen Reichskabinetts zeigt Ihnen, daß wir den ernsten und aufrichtigen Willen haben, mit aller uns gegebenen Kraft die uns übertragenen schweren Aufgaben zu lösen. Die Regierung nimmt für sich die Führung auf dem Wege des Wiederaufbaus in Anspruch, und vertraut darauf, daß die Mehrheit dieses Hohen Hauses hinter dem Programm der Reichsregierung steht.

Die Regierungserklärung wurde oft durch Beifallskundgebungen der Sozialdemokraten und Mittelparteien begleitet und wiederholt durch höhnische Zurufe der Kommunisten und Nationalsozialisten unterbrochen.

Pressestimmen zur Regierungserklärung

Zu der gestrigen Regierungserklärung bemerkt der

„Vorwärts“: Die Regierung ist **keine sozialdemokratische Regierung** und das Regierungsprogramm ist kein sozialdemokratisches Regierungsprogramm, kann es nicht sein, denn die Sozialdemokratie hat nicht die Mehrheit. Sie hat unter Zurückstellung mancher weitergehender Wünsche sich zur Ausführung dieses Programms bereit erklärt, und die Massen, die hinter ihr stehen, sind politisch genug geschult, um zu verstehen, daß es besser ist, einiges zu verlangen und einiges zu erreichen, als alles zu verlangen und nichts zu erreichen.

Das **„Berliner Tageblatt“** betont: Die Regierung ist stark genug, das Programm durchzuführen. Sie ist wohl keine Koalitionsregierung im eigentlichen Sinne, aber doch stärker konsolidiert, als das ihr vorhergehende Kabinett.

Die **„Germania“** schreibt: Das Debüt war nicht schlecht, mögen auch hier und da Schönheitsfehler sein. Auch das Zentrum hat die Absicht, aktiv und positiv mitzuwirken.

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung“** nennt die Erklärung nicht ein Regierungsprogramm, sondern ein Referentenprogramm.

Die **„Deutsche Tageszeitung“** sieht in der Erklärung mehr Vorsicht als Voraussicht und erklärt: Die Fassung des Programms ist jedenfalls noch provisorischer als der bisherige Charakter der neuen Reichsregierung. — Ähnlich äußert sich die **„Kreuzzeitung“**.

WTB. **Paris**, 4. Juli. Die Erklärung der neuen Reichsregierung findet besondere Beachtung bei der unabhängigen und linksstehenden Presse. So schreibt „Matin“: Zum erstenmal hat der Verzicht auf den Gedanken der Revanche offiziell auf der Tribüne des Reichstags formuliert werden können. Hermann Müller hat aus diesen Prämissen die erwarteten Schlußfolgerungen gezogen. Er besteht auf der möglichst raschen Räumung der besetzten rheinischen Gebiete und des Saarlandes, aber er unterstreicht ganz besonders, welche Bedeutung es für die Verständigungspolitik haben kann, einen Entscheid über die Räumung des Rheinlands zu treffen.

Hermann Müller — so schreibt „Oeuvre“ — habe Forderungen gestellt, die man erwartet habe. Nunmehr müßten die Alliierten ihr Programm festlegen.

Die rechtsstehende Presse findet, daß der sozialdemokratische Reichskanzler nicht mehr gesprochen habe, als ein bürgerlicher Reichskanzler.

„Populaire“ schreibt, er habe immer wiederholt, daß die deutschen Sozialdemokraten auf außenpolitischem Gebiet dasselbe Programm hätten, wie die anderen Parteien. Die ministerielle Erklärung bestätige, daß die Sozialdemokraten, die jetzt an der Macht sind, dieselbe Taktik gegenüber dem Auslande verfolgten, wie die Volksparteiler.

Das „Echo de Paris“ charakterisiert die gestrige Erklärung der neuen Reichsregierung als eine Aufforderung zur sofortigen Räumung des Rheinlands.

In **Washington** haben die Hinweise darauf, daß auch die neue Reichsregierung in der bisherigen äußeren Politik festhalte, wie dem Vertreter des Wolffbüros im Staatsdepartement mitgeteilt wird, Befriedigung hervorgerufen. Mit besonderer Genugtuung wurde die Ankündigung des Reichskanzlers aufgenommen, daß Deutschland bereit sei, **dem Kellogg-Pakt beizutreten**. Man gab bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß, nachdem Deutschland als erster Staat die Zustimmung geäußert habe, nunmehr die anderen Staaten dem deutschen Beispiel folgen werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

setzte am Dienstag die Beratungen über das Straßenbauprogramm der Regierung fort. Berichterstatter Abg. **Gündert** machte den Vorschlag, die im Außerordentlichen Etat vorgesehenen 14 Millionen Reichsmark für die Instandsetzung der Landstraßen zu bewilligen, das in Aussicht genommene Programm zu billigen und die Petitionen der **Steinbruchindustrie** als durch die Erklärungen der Regierung als erledigt zu erklären.

Nach einer Mitteilung des Finanzministers sollen die zur Entlassung kommenden **Steinbrucharbeiter** soweit irgend möglich bei Wegbauarbeiten der Forst- und Domänenverwaltungen verwendet werden. Man müsse auch Rücksicht auf die Finanzlage der Gemeinden nehmen. In der Aussprache wurde vor allem die Frage erörtert, welches Befestigungsverfahren in technischer und wirtschaftlicher Beziehung den Vorzug verdiente. Der Minister betonte, in erster Linie komme die Finanzlage in Betracht. Ein Regierungsvertreter erwähnte, daß etwa 500 Kilometer badische Landstraßen aus verschiedenen Gründen für die Oberflächenteerung ungeeignet seien. Man müsse hier zu festeren Decken kommen. Zahlreiche Übergänge müßten verbessert werden. Die Lage der **Steinindustrie** und der Steinbrucharbeiter wurde eingehend besprochen. Schließlich wurde auf Anregung des Zentrums ein gemeinsamer Antrag angenommen, wonach die Regierung die Möglichkeit erhalten soll, 20 Kilometer Straßen weiter als vorgesehen zu pflastern. Ein Mehraufwand dürfe jedoch nicht erwachsen.

Dem Wunsche der Gemeinden nach einer **Änderung des badischen Landstraßengesetzes** wird durch einen Antrag Dr. Baumgartner und Gen. Rechnung getragen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

I. dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Straßengesetzes vom 14. Juni 1884 vorzulegen. Die Änderung soll in der Richtung erfolgen, daß die Landstraßengemeinden zu den Unterhaltungskosten der Landstraßen nur etwa in der Höhe herangezogen werden, welche der Unterhaltung des laufenden Meters eines Gemeindeweges entspricht;

II. bei der Neuregelung des Finanzausgleichs zu prüfen, ob und wieweit die Kreise und Gemeinden an dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt werden können.“

Abg. Dr. **Baumgartner** begründet den Antrag und betont, daß der heutige Zustand auf die Dauer absolut unhaltbar sei. Einzelne Gemeinden hätten für die Landstraßen zeitweise 50—60 *Rpf* Umlage erheben müssen. Der Minister betonte, die Lage sei noch nicht genügend geklärt, doch sei eine baldige Gesetzesänderung in Aussicht genommen. Der Antrag des Zentrums wurde im ersten Teil einstimmig und im zweiten Teil bei vier Enthaltungen genehmigt.

Der Haushaltsausschuß befaßte sich in der Nachmittagssitzung in erster Linie mit dem **Bau der Rheinbrücken** bei **Mannheim, Speyer und Maxau.** Von den Baukosten im Betrage von 42 Millionen Reichsmark entfallen auf Baden 7 Millionen Reichsmark. Davon sollen 2 Millionen Reichsmark von den Städten Mannheim und Karlsruhe dem Staat ersetzt werden. Der Ausschuß hat dazu seine grundsätzliche Zustimmung erteilt.

Der Betrag von 50 000 *RM* Beihilfen an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten der **Wasserversorgungsanlagen** und der Ortsentwässerungen wurde um 100 000 *RM* erhöht.

Die ländliche Bevölkerung ist unzufrieden über die **Steuer für Hausschlachtungen.** Die Frage der Beseitigung der Steuer wurde von deutschnationaler Seite erneut angeregt. — Berichterstatter Abg. **Seubert** tritt dafür ein, daß die Hausschlachtungssteuer für Schweine bei Eigenverbrauch mit Wirkung vom 1. April 1929 aufgehoben werden soll. — Der **Finanzminister** gibt zu bedenken, daß beim Wegfall der Hausschlachtsteuer ein Ausfall von etwa 400 000 *RM* eintreten würde. Bei einem Verzicht auf die Gesamtfleischsteuer würde eine wesentliche Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer eintreten müssen. Das **Staatsministerium** habe sich in seiner Mehrheit gegen eine Änderung ausgesprochen. Der Antrag des Berichterstatters wurde schließlich mit allen Stimmen bei 6 Enthaltungen der Demokraten und der Sozialdemokraten angenommen. — Eine **Entschließung des Zentrums**, nach welcher die Regierung prüfen soll, wann die Aufhebung der Fleischsteuer allgemein erfolgen könne, fand einstimmig Annahme.

Die Eröffnungsfeier der Murgtalbahn

Für die bevorstehende Eröffnungsfeier der Murgtalbahn am 13. Juli ist jetzt das Programm zusammengestellt: Um ¾11 Uhr treffen in Klosterreichenbach **Sonderzüge** mit den Festgästen aus **Stuttgart** und **Karlsruhe** ein. Daran anschließt sich eine Fahrt auf der neuerbauten Strecke mit Halt auf den einzelnen Stationen. Dort besteigen jeweils die Ortsvorsteher, die Gemeinderäte, Pfarrer und Lehrer den Festzug, der gegen 2 Uhr auf der Staion Raumünzach eintreffen wird. Von **Raumünzach** wird nach Schönmünzach zurückgefahren werden, wo im Hotel „Post“ das offizielle Festessen stattfinden wird, an dem zirka 250 geladene Gäste teilnehmen werden. Während des Festessens werden die Schulkinder der an der neuerbauten Strecke gelegenen Orte freie Fahrt zwischen Klosterreichenbach und Schönmünzach haben. Nach Beendigung des Essens werden die Festteilnehmer nach Forbach weiterfahren. Im Hotel „Friedrichshof“ ist dann noch eine Zusammenkunft vorgesehen, zu der die Reichsbahndirektion Karlsruhe Einladung ergehen läßt.

Taufe des Zeppelin-Luftschiffes 127

Die Taufe des neuesten Zeppelin-Luftschiffes ist nunmehr endgültig auf den 9. Juli festgesetzt worden. Die Verzögerung um einen Tag — am 8. Juli hat bekanntlich Graf Zeppelin seinen 90. Geburtstag — erfolgt mit Rücksicht auf die Tagung d. Deutsch. Luftfahrverbandes in Konstanz. Die Taufe vollzieht Gräfin Zeppelin. Außer verschiedenen Regierungsvertretern werden die Abgeordneten verschiedener Luftfahrtvereinigungen anwesend sein. — Die **Bauarbeiten** des Luftschiffes sind **vollkommen beendigt.** Nur die Motore sind noch nicht eingebaut, außerdem konnte mit der Füllung noch nicht begonnen werden. Man würde aber mit all diesen Arbeiten schon fertig sein, wenn sich nicht die Beschaffung des bekannten Brenngases unliebsam verzögerte, da mit dem Bau dieser Gasanstalt leider erst recht spät begonnen werden konnte. Größere Fahrten kommen dann erst im August in Frage.

Schnellzugentgleisung. Am Dienstag nachmittag ist der Schnellzug 59 von Stuttgart nach München bei der Einfahrt in die Station **Ulm** mit Lokomotive und Tender und dem Gepäckwagen und einer Achse eines Personenwagens **entgleist.** Ein Beamter erlitt eine Nervenerschütterung. Zwei Reisende wurden **leicht verletzt.** Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt. Eine Überschreitung der Fahrgeschwindigkeit liegt nach den getroffenen Feststellungen nicht vor.

Zum 10. Deutschen Sängerbundesfest in Wien — Richtlinien für die Rückfahrt —

Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen teilt mit: Die Einreise der Sänger zum 10. Deutschen Sängerbundesfeste in Wien erfolgt ungefähr in vier Tagen, vom 17. bis 20. Juli, wobei rund 150 Sonderzüge strahlenförmig über die Westbahn, Franz-Josefsbahn, Nordwestbahn Nordbahn, u. Ostbahn nach Wien gefahren werden. Der überwiegende Teil (rund 80 Prozent) dieser Sonderzüge wird aus Wagen der Deutschen Reichsbahn bestehen, die in geschlossenen Zügen für diese Sonderzüge zur Verfügung gestellt werden. Der knappe Zeitabstand, der zwischen dem Deutschen Sängerbundesfeste in Wien und dem Deutschen Turnfeste in Köln besteht, zwingt nun die Deutsche Reichsbahn einen Teil der vorerwähnten aus deutschen Wagen bestehenden Sonderzüge sogleich nach ihrer Entladung in Wien zurückzuziehen, sodaß sie für die Rückbeförderung der Sänger von Wien nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Da sohin die österreichischen Bundesbahnen für die Ausreise der Sänger mit eigenen und für diesen Zweck besonders angemieteten Wagen versorgen müssen, ist es einleuchtend, daß **nicht sämtliche Festgäste unmittelbar nach Schluß des Sängerfestes gleichzeitig die Heimreise antreten können.**

Um nun jenen Sängern, die aus beruflichen und anderen Gründen unmittelbar nach Abschluß des Sängerfestes am Montag, den 23. Juli die Heimreise anzutreten wünschen, die Abfahrmöglichkeit sicherzustellen, sind **eigene Rückfahrsonderzüge** in Aussicht genommen, die durch die einzelnen Sängerbünde bestellt werden. Wie nun eine Umfrage ergeben hat, sind bei diesen Rückfahrsonderzügen noch eine **große Anzahl von Plätzen frei,** weil viele Sänger sich hinsichtlich der Rückreise nicht binden wollen und der Meinung sind, auch ohne diese Sicherstellung die Heimreise knapp nach Schluß des Sängerfestes mit den gewöhnlichen fahrplanmäßigen Zügen zur gewünschten Stunde antreten zu können.

Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß unmittelbar nach Schluß des Sängerfestes außer den Sängern auch viele Österreicher die aus den Bundesländern zum Sängerfeste nach Wien kommen, die Rückreise von Wien antreten werden und überdies viele Wiener beabsichtigen, erst nach Ablauf des Sängerfestes in die Sommerfrische abzureisen.

Es ist daher unvermeidlich, daß auch die **Rückreise** der Festteilnehmer auf mehrere Tage verteilt wird, um den Abtransport mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bewältigen zu können.

Jenen Festteilnehmern, die mit Heimreise aus bestimmten Gründen unmöglich zuwarten können, wird daher im eigenen Interesse dringend empfohlen, sich jetzt schon die **Plätze für die Rückfahrt in den Sonderzügen zu sichern,** zumal der Kartenverkauf für diese Züge am 12. Juli endet.

400jähriges Jubiläum des Kapuzinerordens in Zell a. H.

Unter größter Anteilnahme der katholischen Bevölkerung von Zell a. H. und von auswärts wurde das 400jährige Jubiläum des Kapuzinerordens begangen. Am Samstag abend 7 Uhr traf **Erzbischof Karl** in Begleitung mehrerer Geistlicher mit dem Auto von Offenburg kommend hier ein und wurde am Bußdenkmal feierlich empfangen. An den Empfang schloß sich eine kirchliche Feier. Darauf brachte die Musikkapelle Unterharmersbach dem Erzbischof vor der Klosterpforte ein Ständchen. Bürgermeister Pfundstein, Unterharmersbach, begrüßte ihn namens seiner Gemeinde. Das Schützenkorps Unterharmersbach gab dann zu Ehren des hohen Gastes eine Ehrensalve ab. Seine Exzellenz dankte mit freundlichen Worten für die dargebrachte Huldigung.

Am Sonntag zelebrierte Erzbischof Karl in der Wallfahrtskirche ein Pontifikalamt. Die Festpredigt hielt Stadtpfarrer Lamy, St. Blasien. Das Tedeum beschloß den Festgottesdienst, dem u. a. auch Finanzminister Dr. Schmitt, Prälat Dr. Schofer, Bürgermeister Schäfer und einige Gemeinderäte anwohnten. Am Nachmittag war in der Turnhalle weltliche Festfeier. Derselben wohnten ebenfalls der Erzbischof, Finanzminister Dr. Schmidt sowie die übrigen Festgäste an. Erzbischof Karl hielt eine Ansprache und bezeichnete den Kapuzinerorden als Gottes Werk, das sich immer durchsetze. Dem Kapuzinerorden danken wir es in Deutschland, daß nach der Reformation die Gegenreformation einsetzte. Heute noch erfreuen sich die Kapuziner der größten Achtung; sie sind die erfolgreichsten Kulturträger und sollen dies auch in Zukunft bleiben. Noch nie habe Anlaß bestanden, mit dem Kapuzinerorden oder einem Mitglied desselben unzufrieden zu sein.

Aus der Landeshauptstadt

Generalmajor a. D. Karl Präfcke †. Im Alter von 62 Jahren verschied hier Generalmajor a. D. **Karl Präfcke.** Den Krieg machte der Verstorbene als Kommandeur des Landwehrinfanterieregiments 124, später als Kommandeur der Brigade Präfcke bei der V. Armee mit. Als Kommandeur der Reservelnfanteriebrigade Nr. 104 führte General Präfcke badische Truppen bis zu den letzten Kampfhandlungen. Nach dem Waffenstillstand wurde er Stadtkommandant von Brieg in Schlesien und nahm als Kommandant der Reichswehrbrigade Nr. 8 am 10. Oktober 1919 den Abschied. Der Verstorbene war Vorsitzender der vaterländischen Verbände und des Ortsvereins der Deutschnationalen Volkspartei.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Bei anhaltend heiterem Wetter und schwacher Luftbewegung wurden gestern in der Ebene bis 33 Grad als Höchsttemperatur erreicht. Nachts traten in Verbindung mit einer von Westen anrückenden Tiefdruckrinne vielerorts Wärmegewitter auf. Die von der Rückseite der Rinne einbrechende Kaltluft verursachte bei ihrem Auftreffen auf die stark überwärmten kontinentalen Luftmassen auch heute morgen noch verbreitete Gewitter, denen bei steigendem Druck stärkere Abkühlung folgen wird. Nach Ausgleich der Temperaturgegensätze steht wieder heiteres Wetter bevor. **Wettervoraussage für Donnerstag:** Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, etwas wärmer.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Juli Geld	4. Juli Brief	3. Juli Geld	3. Juli Brief
Amsterdam 100 G.	168.60	168.94	168.66	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.06	112.28	112.08	112.30
Italien . . 100 L.	21.985	22.025	21.99	22.03
London . . 1 Pfd.	20.39	20.43	20.398	20.437
New York . 1 D.	41.835	4.1915	4.1845	4.1925
Paris . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.42	16.46
Schweiz . . 100 Fr.	80.62	80.78	80.655	80.815
Wien 100 Schilling	58.96	58.08	58.97	59.09
Prag . . . 100 Kr.	12.396	12.416	12.401	12.421

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim**, 4. Juli. Der an Stelle von Prof. Dr. Heß zum Leiter des Mannheimer Säuglingskrankenhauses berufene Extraordinarius der Kinderheilkunde an der Universität Leipzig, Prof. Dr. Armando **Frank**, ist ein geborener Mannheimer. Seine Eltern hatten bis 1910 hier ihren Wohnsitz. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Mannheim studierte Armando Frank in Freiburg, München und Erlangen Medizin und bestand 1909 in Erlangen die Staatsprüfung. Im November 1920 habilitierte er sich an der Leipziger Universität und 1925 erfolgte seine Ernennung zum außerordentlichen Professor. Dr. Frank hat seinen Posten in Mannheim bereits angetreten.

bld. **Heidelberg**, 3. Juli. Die am Sonntag durchgeführte **Straßensammlung** zu Gunsten der Kinderhilfe brachte eine Summe von über 6000 *RM* ein, die sich durch nachträgliche Spenden wohl noch erhöhen wird.

bld. **Heidelberg**, 4. Juli. Der, gemäß Stadtratbeschluß, berufene Ausschuß aus Vertretern aller Parteien für die **Oberbürgermeisterwahl** hat unter dem Vorsitz des Obmanns der Stadtverordneten erstmals getagt. Irgendwelche bindenden Entschlüsse wurden nicht gefaßt. Das „Heidelberger Tagblatt" berichtet hierzu, daß aus der großen Zahl von Namen, die als Bewerber sich bemüht haben oder genannt wurden, fünf Kandidaten für die engere Wahl bestimmt worden sind. Die Wahl soll am 18. Juli stattfinden.

DZ. **Durlach**, 3. Juli. Der Turnverein Durlach 1878 e. V. beging am vergangenen Sonntag sein 50. Stiftungsfest in festlicher Weise. Im Kreise der Jubiläumsfeierlichkeiten fand auch die Enthüllung des Gedenksteines für die Kriegsopfer statt. Der Gedenkstein ist ein unbehauener Schwarzwaldfindling, der auf dem schönen Turnplatz Aufstellung gefunden hat. Von den 225 Angehörigen des Turnvereins, die hinausgezogen waren, um die Heimat zu schützen, kehrten 48 nicht mehr wieder.

DZ. **Höpfingen** (Buchen), 4. Juli. Am 8. August 1920 begab sich der Förster Friedrich Haug von hier auf einen Streifgang in sein Revier, von dem er nicht wieder zurückkehrte. Tags darauf fand man ihn im Walde **erschossen** auf. Die Schußwunde zeigte, daß der tödliche Schuß aus nächster Nähe abgefeuert war. Etwa 100 Meter davon fand man eine Rehgeiß. Die Gerichtsbehörden waren außer Zweifel, daß die Tat von einem **Wilderer** ausgeführt worden war. Der Verdacht lenkte sich schließlich gegen Wirt und Maurer **Ott** von Jungholzhausen, der im Spätherbst 1927 in Haft gesetzt wurde. Unter der Last der Indizienbeweise gestand Ott schließlich seine Schuld, bestritt sie aber später wieder. Bei der Verhandlung im Schwurprozeß zu Hall leugnete Ott alle Täterschaft. Das Gericht nahm jedoch die Tat als erwiesen an und verurteilte ihn wegen Totschlag zu 5 Jahren und 6 Monaten **Zuchthaus** und 5 Jahren Ehrverlust.

DZ. **Pforzheim**, 4. Juli. Nach dem „Pforzh. Anz." wird in 18 bis 20 größeren Betrieben der **Schmuckwarenindustrie** teilweise nicht gearbeitet. In einer Fabrik stehen sämtliche Arbeiter aus. Sie verlangen von ihren Arbeitgebern, auf den Arbeitgeberverband dahingehend einzuwirken, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten. Der Arbeitgeberverband hat den Schlichtungsausschuß angerufen, der die Parteien zur Verhandlung geladen hat. Das Lohnabkommen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften war Ende April abgelaufen.

Freiburg, 4. Juli. Weihbischof Dr. Wilhelm **Burger** feiert am 12. Juli sein **silbernes Priesterjubiläum**.

bld. **Singen a. H.**, 4. Juli. Wie verlautet, ist als Zeitpunkt für die Aufnahme der Geschäfte des **Amtsgerichts Singen** der 1. Mai 1929 in Aussicht genommen. Vier Rechtsanwälte, so aus Radolfzell, Donaueschingen, Waldshut und Stockach haben sich bereits für Wohnungen interessiert.

DZ. **Bühl**, 4. Juli. Wie bereits erwähnt, haben die am Sonntag, anläßlich des **Mittelbadischen Pioniertages**, hier weilenden Vertreter des Landesverbandes badischer Pioniere beschlossen, zu Ehren der im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des Badischen Pionierbataillons Nr. 14 ein würdiges **Denkmal** zu errichten. Dieses soll in **Kehl**, dem früheren Standort des Bataillons, errichtet und am Tage der **Befreiungsfeier** eingeweiht werden. Solange aber Kehl noch besetzt ist, ist die Ausführung dieses Planes natürlich unmöglich; jedoch wurde eine Zwischenlösung dahingehend beschlossen, daß inzwischen unterhalb der Burg Windeck ein Gedenkstein in der Form eines Findlings aus dem nördlichen Bühler Bezirk errichtet wird mit der Inschrift: „Ehrenmal für die im Weltkrieg gefallenen Pioniere Badens."

bld. **Konstanz**, 4. Juli. Der von Österreich erbaute **neue Bodenseedampfer „Österreich"** hat letzter Tage auf einer Probefahrt Konstanz einen Besuch abgestattet. Das große Dieselmotorschiff kann gegen 800 Personen aufnehmen. Seine Größe beträgt 52 Meter, seine Geschwindigkeit 25 Kilometer pro Stunde. Das Schiff ist dreistöckig. Auf dem Oberdeck befindet sich die Kommandobrücke und der Platz für die Passagiere 1. Klasse, das Zwischendeck enthält neben zwei großen Kabinen die Toiletten und den Luftraum für die Maschinen, und schließlich bildet der Speisesalon und ein fast 20 Meter langer säulenfreier Salon einen prächtigen Abschluß.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Ortsbezeichnung der Stadtgemeinde Schönau im Wiesental.

Das Staatsministerium hat am 20. Juni 1928 beschlossen, daß die Stadtgemeinde Schönau im Wiesental mit sofortiger Wirkung den Namen „Schönau im Schwarzwald" zu führen hat.

Karlsruhe, den 27. Juni 1928.

Der Minister des Innern
Remmele

Der Vereinigung der Touristenvereine „Die Naturfreunde", Gau Württemberg in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 27. Juni 1928.

Der Minister des Innern
J. V.: Föhrenbach.

Bekanntmachung
(Vom 30. Juni 1928)

Vorübergehende Einfuhr von Rennpferden.

Auf Grund des § 7 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 519) wird mit sofortiger Wirkung folgendes bestimmt:

§ 1.

Auf die vorübergehende Einfuhr von Pferden zur Teilnahme an Pferderennen finden die jeweiligen allgemeinen Bestimmungen über die veterinärpolizeiliche Behandlung der zur Einfuhr gelangenden Pferde und sonstigen Einhufer, sowie etwa für diese Tiergattungen erlassenen veterinärpolizeiliche Einfuhrverbote keine Anwendung.

§ 2.

Für Pferde, die vorübergehend zur Teilnahme an Pferderennen eingeführt werden, gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Einfuhr hat über die für die Einfuhr von lebenden Tieren zugelassenen Grenzeingangsstellen zu erfolgen.
2. Die Pferde unterliegen beim Grenzübertritt lediglich einer eingehenden **klinischen** Untersuchung durch den zuständigen Grenztierarzt. Diesem ist das Eintreffen der Pferde an der Grenze von dem Einführenden spätestens 12 Stunden vorher anzumelden.
3. Dem Grenztierarzt sind für die einzuführenden Pferde amtstierärztliche Bescheinigungen mit Angabe des Namens und Wohnortes des Pferdebesitzers sowie der Namen und Kennzeichen der Pferde vorzulegen, aus denen ersichtlich ist, daß die Pferde frei von Erscheinungen übertragbarer Krankheiten sind und aus Ställen kommen, die zur Zeit der Einfuhr und mindestens 40 Tage vorher frei von auf Einhufer übertragbaren Krankheiten gewesen sind.

Diese Gesundheitsbescheinigungen müssen von der Sportbehörde des Heimatlandes der Pferde mit dem ausdrücklichen Vermerk beglaubigt sein, daß die einzuführenden Pferde in die Stutbücher oder Listen dieser Sportbehörde eingetragen sind. Die Beglaubigung muß mit dem Siegel der Sportbehörde versehen sein.

Die Bescheinigungen sind in deutscher Sprache oder in amtlich beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen. Sie besitzen eine Gültigkeitsdauer von 14 Tagen. Die mit Österreich auf Grund des Tierseuchenübereinkommens getroffenen besonderen Vereinbarungen über die Ausstellung der Bescheinigungen für Renn- und Trabrennpferde bleiben unberührt.

4. Die Einführenden haben dem Grenztierarzt den Bestimmungsort der Pferde (Rennort) sowie das Grenzzollamt, über das die Pferde das Inland verlassen sollen, anzugeben. Der Grenztierarzt hat das Ausgangszollamt entsprechend zu verständigen.
5. Die Pferde dürfen mit inländischen Pferden nur auf den Renn- und Trainierbahnen in Berührung kommen. Insbesondere dürfen sie nicht gemeinsam mit inländischen Pferden in denselben Eisenbahnwagen verladen werden; ihre Unterbringung hat in besonderen Stallabteilungen, getrennt von inländischen Pferden zu erfolgen.

Ist die Beförderung der Pferde außerhalb der Unterbringungsgehöfte und der Renn- und Trainierbahnen durch Fußmarsch erforderlich, so hat sie auf kürzestem Wege ohne Aufenthalt zu erfolgen.

6. Die Pferde müssen das Inland innerhalb 6 Wochen nach der Einfuhr wieder verlassen.

§ 3.

Die entstehenden Kosten fallen dem Einführenden zur Last.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen den Strafvorschriften der Paragraphen 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909.

Karlsruhe, den 30. Juni 1928.

Der Minister des Innern
Remmele

Maul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Juli 1928 verseucht:

Amtsbezirke: Kehl: Gemeinden: Legelshurst.
Pforzheim: Pforzheim.

Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Hausinspektor Karl **Dieterle** bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

Planmäßig angestellt:

Forstassistent Alfred **Kaiser** in Waldkirch, Förster Adolf **Löffler** in Wies, Amt Schopfheim.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Forstrat Karl **Feist** in Konstanz.

Ab 1. Juli 1928
Hauptannahmestelle für Karlsruhe
Kaiserstraße 60
Dampf-Waschanstalt C. Bardusch
Wäscherei für feine Herren-Stärkwäsche, Leib- und Haushaltungswäsche, Pfundwäsche
718 **2101 Telephon 2101**

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Auf alle
Möbel- und Polsterwaren
während des Saison-Ausverkaufs
nur prima Qualitäten
10% Rabatt
Möbelhaus Seiter, Waldstraße 7

Pianos
Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianinos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Öffentliche Bekanntmachung.

Es sind zu entrichten:

Auf 2. Juli 1928: Die 2. Hälfte der Gebäudeversicherungsbeiträge;

auf 10. Juli 1928: Die Vorauszahlungen auf die **Einkommen-, Körperschafts-** nnd **Umsatzsteuer** für das 2. Kalendervierteljahr 1928 nebst 10% Zuschlag zur Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuervorauszahlung;

auf 16. Juli 1928: Die 2. Rate der **Grund- und Gewerbesteuervorauszahlung** für 1928 nebst 10% Zuschlag zur Landeskirchensteuer, ferner die um 20% ermäßigte 2. Rate der **Aufbringungszinsen für 1928**.

Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Postnachnahmeverfahren eingezogen oder beigetrieben.

Man zahle bargeldlos und vergesse nicht seine Steuernummer, Sollbuchnummer bezw. Ordnungszahl der Einzugsliste anzugeben.

Karlsruhe, den 2. Juli 1928.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

N. 362. **Lahr.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Heinrich Malecki** in Lahr ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: **Freitag, den 20. Juli 1928, vorm. 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht hier, II. Stock, Zimmer 31.

Lahr, 3. Juli 1928.
Amtsgericht.

Städtische Sparkasse Bruchsal.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	23 962,89
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postscheckamt	176 585,95
3. Wechsel	163 960,00
4. Darlehen a. Hypotheken	1 386 655,18
5. Aufgewert. Hypotheken	1 174 487,93
6. Darlehen in laufender Rechnung	1 605 628,09
7. Darlehen auf Schuldscheine	126 111,00
8. Grundstücke u. Gebäude	245 268,80
9. Gerätschaften	17 327,00
10. Zinsrückstände	38 427,92
	4 958 414,76

Verbindlichkeiten	RM
1. Spareinlagen	2 819 426,85
2. Aufgewert. Spareinlagen	1 318 637,15
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	413 183,33
4. Sonstige Kapitalschulden	288 724,02
5. Rücklagen	78 443,41
6. Reingewinn	40 000,00
	4 958 414,76

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 232 610,18 RM Einlagen . . . . 161 630,50 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . 115 443,41 „
Mithin fehlen noch . . . 46 187,09 RM

Bruchsal, den 30. Juni 1928.

N. 354

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Dr. Meister.

Der Geschäftsleiter:
Sommer.

Der Kontrolleur:
Fröhlich.

N. 364. **Gengenbach.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landesproduktenhändlers **Fridolin Allgeier** in Biberach ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen Schlußtermin bestimmt auf **Mittwoch, den 1. August 1928, vormittags 9 Uhr.**

Gengenbach, 27. VII. 1928.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 5. Juli 1928
Volksbühne 11
Fuhrmann Henschel
von Hauptmann
In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck

Henschel	Schulze
Frau Henschel	Ziegler
Hanne	Ermarth
Bertha	Thiemer
Walther	Brand
Siebenhaar	Prüter
Karlchen	Dennig
Wermelskirch	Höcker
Frau Wermelskirch	Frauendorfer
Franziska	Quaiser
Hauffe	Gemmecke
Franz	Graf
George	Kloeble
Fabig	Müller
Hildebrant	Mehner
Grunert	Schneider
Feuerwehrmänner	Ostholt, Weidner

Anfang 19½, Ende 22
I. Rang u. I. Sperrsitz 5 RM
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten

Druck G. Braun, Karlsruhe